

An den  
Präsidenten des Burgenländischen Landtages  
LAbg. Robert Hergovich  
Landhaus  
7000 Eisenstadt

22 - 1629

Eisenstadt, am 16. November 2023

## **Selbständiger Antrag**

**der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig,  
Markus Wiesler auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend rasche  
Personalaufstockung der Schuldenberatung des Landes**

Der Landtag wolle beschließen:

## **Entschließung des Burgenländischen Landtages vom ..... betreffend rasche Personalaufstockung der Schuldenberatung des Landes**

Die „Servicestelle für Schuldnerinnen und Schuldner“ im Burgenland hat vor kurzem ihr 25-jähriges Jubiläum gefeiert. Es ist erfreulich, dass damals eine langjährige Forderung der Freiheitlichen umgesetzt wurde und diese Einrichtung mittlerweile so lange besteht. 25 Jahre wurden Menschen in mehr als 19.000 Gesprächen kostenlos beraten, die finanziell in Bedrängnis geraten und armutsgefährdet sind, und vielfältige Möglichkeiten der Hilfestellung ausgearbeitet.

Die Auswirkungen der extrem hohen Inflation in den vergangenen beiden Jahren werden jedoch immer stärker auch im privaten Bereich spürbar. Bereits im Jahr 2022 sind insgesamt 138 Burgenländer in finanzielle Not geraten und haben Privatinsolvenz angemeldet - um rund neun Prozent mehr als im Vorjahr. Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 183.000 Euro hat das Burgenland sogar den höchsten Wert aller Bundesländer inne.

Es ist besorgniserregend, dass in dieser Situation der Teuerungswelle immer mehr Menschen Kredite aufnehmen, ihr Konto überziehen und somit in die Schuldenfalle tappen. Durch das überhandnehmende bargeldlose Zahlen verlieren viele schnell den Überblick über ihre Finanzen. Förderungen und finanzielle Unterstützungen der öffentlichen Hand verschieben die Überschuldung meist nur nach hinten.

Die FPÖ hat deshalb bereits Ende März dieses Jahres einen Antrag auf Aufstockung des Personals der Schuldenberatung eingebracht. Dieser wurde von der SPÖ dahingehend ‚verwässert‘ abgeändert, dass „die Beratungszahlen genau beobachtet werden und bei einem weiteren Anstieg gegebenenfalls personelle Vorkehrungen getroffen werden sollen.“

Anlässlich der stattgefundenen 25 Jahr-Feier wurde nun auf die alarmierende Insolvenzstatistik der ersten drei Quartale im Jahr 2023 hingewiesen. Laut Alpenländischem Kreditorenverband (AKV) verzeichnete das Burgenland bei den Privatinsolvenzen im Bundesländervergleich das zweithöchste Plus. 82 Firmen - und damit ein Plus von rund 14 Prozent zum Vorjahr - mussten dieses Jahr bisher Insolvenz anmelden. Bei den Privatinsolvenzen verzeichnet das Burgenland sogar ein Plus von knapp 29 Prozent!

Laut Homepage des Landes Burgenland sind in der Servicestelle Nord und der Außenstelle Süd derzeit insgesamt sechs Mitarbeiter (ohne Angabe in welchem Ausmaß) beschäftigt und damit sogar einer weniger als noch im Frühling! Heuer wurden jedoch bereits 718 Beratungsgespräche durchgeführt, etwa 150 mehr als im Vorjahr zu dieser Zeit (siehe <https://burgenland.orf.at/stories/3231427/>). Aufgrund dieses Mehraufwandes und in Relation zu den hunderten Neuaufnahmen durch die Alleinregierung in dieser Legislaturperiode erscheint die Anzahl der Mitarbeiter in der

Schuldenberatung zu gering. Denn hier geht es um Menschen, die vor der Verarmung stehen und in weiterer Folge oft soziale Tragödien nach sich ziehen.

Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil schreckt mit der Finanzierung von unzähligen Projekten nicht vor einer Rekordverschuldung des Landes zurück. Im Bereich der Schuldenberatung wird hingegen anscheinend Geld gespart. Eine deutliche Aufstockung - im besten Fall Verdoppelung - des Personals wäre nicht nur ein wertvoller Beitrag für die Schuldenprävention und würde die derzeitigen Mitarbeiter entlasten, sondern wäre angesichts der aktuellen Statistik mehr als notwendig.

Bevor es für die vor der Insolvenz stehenden Burgenländer zu spät ist, sollte sich daher die für Schuldenberatung zuständige Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.<sup>a</sup> Astrid Eisenkopf einsetzen, dass den beiden Servicestellen mehr Personal zur Verfügung gestellt wird.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung, insbesondere Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil und Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.<sup>a</sup> Astrid Eisenkopf, wird bzw. werden aufgefordert, angesichts der weiter gestiegenen Anzahl an Privatinsolvenzen im Burgenland die beiden „Servicestellen für Schuldnerinnen und Schuldner“ personell rasch aufzustocken, im besten Fall das Personal zu verdoppeln.

*Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zuzuweisen.*